

Lauterbach psychisch krank

florine@xyz.de

Gesendet: Samstag, 19. März 2022 23:04

Bis: florine@xyz.de

An das
Betreuungsgericht
Littenstrasse 12-17

10179 Berlin

12.02.2022

Anregung für eine gesetzliche Betreuung von Karl Lauterbach

Dienstanschrift: Bundesministerium für Gesundheit, 11055 Berlin

Sehr geehrte Damen und Herren,

bei Herrn Lauterbach handelt es sich um den Gesundheitsminister der Bundesrepublik Deutschland. Herr Lauterbach verlangt die Einführung einer allgemeinen Impfpflicht gegen Coronaviren, weil andernfalls angeblich zahllose Schwerverrannte und Covid-Tote zu erwarten wären.

Die Forderung von Herrn Lauterbach zeigt, dass Herr Lauterbach den Verstand verloren hat.

Denn am 16.12.2021 hatte die europäische Arzneimittelbehörde EMA mehrere neue und hochwirksame Medikamente gegen Corona-Erkrankungen zugelassen (Xevudy/Sotrovimab, Paxlovid undsoweiter).

Beide oben genannte Medikamente sind gegen die ganze Bandbreite von Corona-Mutanten wirksam. Deshalb können prophylaktische Massnahmen (Impfen, Maskenpflicht, Kontaktbeschränkungen undsoweiter) nunmehr entfallen, zumal die zweifelhaften Impfstoffe keinen sicheren Schutz gegen Corona-Infektionen bieten und aufgrund von Nebenwirkungen vielmehr zu DNA-Schäden und anderen Gesundheitsschäden bis hin zum Exitus führen.

Die Behandlung mit Xevudy erfordert eine einmalige Infusion, Paxlovid kann oral eingenommen werden (Tabletten). Die Behandlung mit den neuen Medikamenten kann ambulant erfolgen und wird dazu führen, dass schwere Krankheitsverläufe und Krankenhauseinweisungen aufgrund von Corona-Infektionen in Zukunft die Ausnahme darstellen werden.

Damit entfallen sämtliche Gründe, welche die Betreiber einer Impfpflicht anführen.

Auch hätte die berufsbezogene Impfpflicht für Beschäftigte im Gesundheitswesen und andere Berufszweige vom Bundestag erst gar nicht verabschiedet werden dürfen und müsste unverzüglich ausser Kraft gesetzt werden.

Denn zum Zeitpunkt des Beschlusses am 10.12.2021 war bereits bekannt, dass die Zulassung der oben genannten Medikamente durch die EMA kurz bevorstand. Dieser entscheidungserhebliche Sachverhalt, nämlich dass inzwischen hochwirksame Medikamente zur Behandlung von Corona-Patienten zur Verfügung stehen, wird von Herrn Lauterbach und den anderen Betreibern einer Impfpflicht in der öffentlichen Debatte systematisch verschwiegen. Stattdessen versuchen Herr Lauterbach und Kollegen immer wieder durch gezielte Fehlinformationen in der Bevölkerung Panik vor Coronaviren zu schüren um die Bevölkerung zum Impfen zu veranlassen.

Xevudy ist seit Januar 2022 in Deutschland erhältlich. Einem Bericht vom 18.01.2022 im deutschen Ärzteblatt kann entnommen werden, dass Xevudy in deutschen Arztpraxen seitdem mit Erfolg zur Anwendung kommt.

Paxlovid hätte in Deutschland ebenfalls im Januar 2022 auf den Markt kommen sollen. Die Verfügbarkeit von Paxlovid wird von Herrn Lauterbach blockiert, welcher die Vereinbarung mit der Herstellerfirma Pfizer ohne sachliche Begründung nicht unterzeichnet. In anderen Staaten ist die Behandlung mit Paxlovid bereits weiträumig angelaufen.

Die Blockade von Paxlovid durch Herrn Lauterbach und die gleichzeitige Forderung nach einer allgemeinen Impfpflicht durch Herrn Lauterbach sind dazu dienlich Bill Gates und andere Impfstoffhersteller und die weltweiten Impfstoff-Aktionäre zu bereichern. Denn wenn Paxlovid für jedermann auf Rezept verfügbar sein wird, was bereits am 1. Februar hätte der Fall sein können, dann wird die Bevölkerung sehr rasch erkennen, dass Impfmassnahmen nicht länger erforderlich sind.

Denn es handelt sich um eine allgemein bekannte Tatsache, dass Infektionen mit Coronaviren in den meisten Fällen ohne Symptome verlaufen. Nur ein kleiner Prozentsatz der Infizierten leidet an Krankheitssymptomen. Diese Patienten können mit den neuen Medikamenten nunmehr wirksam und zuverlässig ambulant behandelt werden. Weiträumige prophylaktische Schutzmassnahmen (Impfen, Masken, Kontaktbeschränkungen) sind deshalb überflüssig geworden.

[Aktualisierung 18.02.2022/ Das Medikament Xevudyx wurde von Schweizer Wissenschaftlern in Zusammenarbeit mit der britischen Firma GlaxoSmithKline entwickelt und kommt in der Schweiz seit November 2021 zum Einsatz. Am 16.02.2022 hat der Schweizer Bundesrat fast alle Restriktionen aufgehoben. Seit dem 17.02.2022 sind in der Schweiz Läden, Restaurants, Kulturbetriebe, öffentliche Einrichtungen und Veranstaltungen wieder ohne Maske und Zertifikate zugänglich. Circa 70 Prozent der Schweizer sind geimpft, circa 40 Prozent sind geboostert. Eine Impfpflicht existiert in der Schweiz nicht, die Impfpflicht-Debatte wurde in der Schweiz eingestellt].

Die Nebenwirkungen von Xevudy tendieren gegen Null. Sogar dann, falls Herr Lauterbach die Verfügbarkeit von Paxlovid in Deutschland auch weiterhin hintertreiben sollte, so müssten alleine schon aufgrund der Verfügbarkeit von Xevudy sämtliche Restriktionen (Impfpflicht, Maskenpflicht, Kontaktbeschränkungen undsoweiter) unverzüglich aufgehoben werden.

Auch die bereits beschlossene berufsbezogene Impfpflicht müsste mit sofortiger Wirkung aufgehoben werden, zumal die Impfmassnahmen immer wieder zu Gesundheitsschäden und/oder zum Tod von Geimpften führen.

[Aktualisierung 25.02.2022/Das vorliegende Schreiben vom 12.02.2022 an das Betreuungsgericht wurde nachrichtlich an die bundesweiten Ärztekammern und Kassenärztlichen Vereinigungen und Krankenhäuser verschickt. Nachfolgend hat das Bundesgesundheitsministerium die Vereinbarung mit der Firma Pfizer nunmehr endlich unterschrieben; ab sofort ist Paxlovid auch in deutschen Apotheken auf Rezept erhältlich. Dennoch insistiert Herr Lauterbach ohne sachliche Begründung immer noch auf einer Impfpflicht.]

Das irrationale Insistieren von Herrn Lauterbach auf einer selektiven oder allgemeinen Impfpflicht kann nach alledem nur so erklärt werden, dass Herr Lauterbach entweder an einer schwerwiegenden Störung seiner Geistestätigkeit leidet oder zugunsten von finanziellen Vorteilen der Impfstoffhersteller oder aus anderen niederen Motiven gegenüber der Bevölkerung verschweigt, dass aufgrund der Verfügbarkeit der neuen Medikamente schwere Krankheitsverläufe und eine Krankenhausbelastung gerade nicht mehr zu erwarten sind, auch nicht im nächsten Herbst.

Auch verschweigt Herr Lauterbach gegenüber der Öffentlichkeit, dass Xevudy in deutschen Arztpraxen und Krankenhäusern schon seit Januar mit grossem Erfolg zur Anwendung kommt.



Karl Lauterbach deklariert Körperverletzung und Mord als Gesundheitsvorsorge

Es wird darum gebeten ein psychiatrisches Gutachten über den Geisteszustand von Herrn Lauterbach zu veranlassen. Sollte sich zeigen, dass Herr Lauterbach nicht geisteskrank ist, dann wird darum ersucht die Aufhebung der Immunität und staatsanwaltschaftliche Ermittlungen gegen Herrn Lauterbach zu veranlassen.

Denn für den Fall, dass Herr Lauterbach nicht an einer krankhaften Störung seiner Geistestätigkeit leiden sollte, dann würde die von Herrn Lauterbach betriebene Impfpflicht aufgrund der gesundheitsschädigenden und tödlichen Nebenwirkungen der Impfstoffe den Tatbestand der schweren und gefährlichen Körperverletzung und des Mordes erfüllen.

Zur Vermeidung von Wiederholungen wird auf die ausführlichen Sachdarlegungen und verlinkten Beweisdokumente in dem unten angehängten Schreiben vom 12.02.2022 an Herrn Scholz Bezug genommen.

Auch Herr Scholz zählt zu den Betreibern einer Impfpflicht, weshalb auch in Bezug auf Herrn Scholz Anlass zu der Annahme besteht, dass Herr Scholz sachfremde Interessen bedient.

Im Unterschied zu Herrn Lauterbach verfügt Herr Scholz über keine medizinische Ausbildung.

Aufgrund der medizinischen Ausbildung von Herrn Lauterbach kann kein Zweifel daran bestehen, dass Herr Lauterbach bestens darüber im Bilde ist, dass kein Anlass für eine Impfpflicht vorhanden ist und dass sämtliche Restriktionen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie spätestens seit der Verfügbarkeit von Xevudy im Januar 2022 hätten aufgehoben werden müssen

Deshalb lässt das Verhalten von Herrn Lauterbach nur zwei Erklärungen zu

1.
Entweder ist Herr Lauterbach geisteskrank oder
2.
Herr Lauterbach ist ein Kapitalverbrecher, welcher mithilfe von Täuschungshandlungen und Dienstpflichtverletzungen die Interessen von Impfstoffherstellern und anderen Nutznießern seiner Panikmache bedient und zu diesem Zweck vorsätzlich Gesundheitsschäden und den Tod von zahllosen Menschen infolge der von Herrn Lauterbach verlangten Impfpflicht respektive den Nebenwirkungen der Impfstoffe herbeiführt

In beiden Fällen sind zum Schutz der Bevölkerung juristische Massnahmen erforderlich, welche hiermit beantragt werden.

Im Falle von Unklarheiten wird darum ersucht, der Unterzeichnerin die Möglichkeit einzuräumen ergänzend vorzutragen.

Auch wird darum ersucht das Ergebnis der Untersuchungen bzw. Ermittlungen bekannt zu machen.

Mit freundlichen Grüßen

Anne Meier, uni.times@web.de

An das
Bundeskanzleramt
Willy-Brandt-Strasse 1
10557 Berlin

12.02.2022

Aufhebung der berufsbezogenen Impfpflicht

Sehr geehrter Herr Scholz,

es wird Antrag gestellt

- I.
die Diskussion um eine allgemeine oder altersbezogene oder berufsbezogene Impfpflicht zu beenden,
- II.
die bereits im Dezember 2021 beschlossene Impfpflicht für Gesundheitsberufe und Bundeswehrsoldaten und/oder andere Berufe aufzuheben und
- III.
die von der Bundesregierung beschlossenen Restriktionen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie aufzuheben

Begründung:

- 1)
Die Impfstoffe wurden unter Missachtung der üblichen Sicherheitsvorschriften als Notzulassung (USA) bzw. in einem beschleunigten Verfahren (Europäische Union) auf den Markt geworfen und führen zu keinem zuverlässigen Schutz vor Infektionen und Übertragungen
- 2)
Die zweifelhaften Impfstoffe führen zu DNA-Veränderungen und anderen Gesundheitsschäden sowie zu Todesfällen
- 3)
Die europäische Arzneimittelbehörde EMA hat in den letzten Monaten mehrere hochwirksame Medikamente zur Behandlung von Corona-Erkrankungen zugelassen (z. B. Xevudy, Paxlovid usw.). Die Medikamente wirken gegen die ganze Bandbreite der Corona-Mutanten einschliesslich Omikron. Die Behandlung kann ambulant in den Hausarztpraxen durchgeführt werden und führt innerhalb von wenigen Tagen zuverlässig zur Genesung. Schwere Krankheitsverläufe und Krankenhauseinweisungen werden deshalb in Zukunft die Ausnahme darstellen.

Zwar hat das Bundesverfassungsgericht am 10.02.2022 einen Eilantrag wegen Ausservollzugsetzung der berufsbezogene Impfpflicht abgewiesen. Den Entscheidungsgründen des Bundesverfassungsgerichts kann aber nicht entnommen werden, dass das Bundesverfassungsgericht zur Kenntnis genommen hatte und/oder sachlich in Erwägung gezogen hatte, dass in Deutschland seit wenigen Tagen hochwirksame Medikamente zur Behandlung von Corona-Erkrankungen zur Verfügung stehen. Deshalb wird in den kommenden Tagen ein neuer Eilantrag am Bundesverfassungsgericht eingereicht werden, in welchem auf den neuen Sachverhalt Bezug genommen werden wird.

Denn das oben genannten neue Medikament der Herstellerfirma GlaxoSmithKline Xevudy (Wirkstoff Sotrovimab) kommt in deutschen Arztpraxen inzwischen mit grossem Erfolg zur Anwendung. Das zeigen Berichte im Deutschen Ärzteblatt und in anderen Medien.

Deshalb, weil nunmehr hochwirksame Medikamente zur Behandlung von Corona-Erkrankungen zur Verfügung stehen, entfällt die Notwendigkeit von prophylaktischen Massnahmen (Impfpflicht, Maskenpflicht, Kontaktbeschränkungen usw.).

Auch das von dem Pharmazie-Unternehmen Pfizer vertreibene Paxlovid wird in Deutschland in Kürze auf den Markt kommen.

Aus den oben genannten Gründen sind eine allgemeine Impfpflicht oder eine berufsbezogene oder altersbezogene Impfpflicht unter keinem denkbaren Gesichtspunkt verhältnismässig, die bereits beschlossene berufsbezogene Impfpflicht ist aufzuheben.

Nachfolgend wird im Einzelnen unter Beweisantritt (Links zu Beweisdokumenten usw.) wie folgt vorgetragen:

A. Neue Medikamente machen Impfen überflüssig

Sie verlangen die Einführung einer allgemeinen Impfpflicht gegen Coronaviren und begründen die Forderung mit der Behauptung, dass nur eine Impfpflicht zu einer Reduzierung von schweren Krankheitsverläufen und zur Entlastung von Krankenhäusern führen könne.

In diesem Kontext lassen Sie unerwähnt, dass die EMA in den letzten Monaten die oben genannten Medikamente sowie weitere hochwirksame Medikamente gegen Corona-Erkrankungen zugelassen hat und in dieser Folge eine deutliche Entlastung der Krankenhäuser zu erwarten ist.

Schon am 16.12.2021 berichtete die Deutsche Welle in diesem Kontext wie folgt,

Zitat,

"Die Europäische Arzneimittelbehörde (Ema) hat grünes Licht für zwei neue Medikamente zur Behandlung von Covid-19 gegeben. Die Behörde empfahl am Donnerstag die Anwendung des Medikaments Xevudy aus der Gruppe der monoklonalen Antikörper des Unternehmens GlaxoSmithKline (GSK) sowie des Immunsuppressivums Kineret der schwedischen Firma Orphan Biovitrum. Xevudy sei für »die Behandlung von Covid-19 bei Erwachsenen und Jugendlichen bestimmt, die keinen zusätzlichen Sauerstoff benötigen und die ein erhöhtes Risiko für schwere Krankheitsverläufe haben«, teilte die EMA mit. Eine Studie habe ergeben, dass mit dem Medikament von GSK das Risiko einer Krankenhauseinlieferung oder eines tödlichen Verlaufs bei Patienten mit mindestens einer Vorerkrankung »deutlich reduziert« werde."

Zitende

<https://www.dw.com/de/grünes-licht-für-zwei-coronavirus-medikamente/a-60152930>

Die Behandlung mit Xevudy erfordert eine einmalige Infusion, welche ambulant durchgeführt wird. Danach tritt üblicherweise sehr rasch die Erholung ein.

Die Schweizer Zeitung Swissinfo berichtete ebenfalls schon im letzten Jahr, dass die Behandlung mit Xevudy zu einer Erfolgsquote von 97 Prozent führte.

<https://www.swissinfo.ch/ger/tessiner-coronamittel-bereit-zum-einsatz-in-der-schweiz/46994060>

Einem Bericht im Deutschen Ärzteblatt vom 18.01.2022 kann entnommen werden, dass Xevudy inzwischen auch in Deutschland mit grossem Erfolg zur Anwendung kommt.

<https://www.aerzteblatt.de/nachrichten/131014/Dreh-und-Angelpunkt-ist-der-fruehzeitige-Einsatz-von-monoklonalen-Antikoepern>

Dem oben verlinkten Bericht im Deutschen Ärzteblatt kann zudem entnommen werden, dass Xevudy gegen alle bekannten Corona-Mutanten einschliesslich Omikron wirksam ist. Aufgrund des breiten Wirkspektrums von Xevudy ist davon auszugehen, dass Xevudy auch gegen zukünftige Mutanten mit Erfolg angewendet werden kann.

Aktuellen Medienberichten kann entnommen werden, dass die EMA noch weitere hochwirksame Medikamente gegen Corona-Erkrankungen zugelassen hat (z. B. Paxlovid), welche ebenfalls in Kürze verfügbar sein werden. Im Unterschied zu Xevudy kann Paxlovid oral eingenommen werden (Tabletten).

Im Zusammenhang mit der Behandlung mit Paxlovid sollten die behandelnden Hausärzte zuvor lediglich prüfen, ob die Patienten aufgrund von anderen Erkrankungen Medikamente einnehmen, welche zu Wechselwirkungen mit Paxlovid führen können. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um Antiepileptika und Medikamente, welche zur Behandlung von Herzrhythmusstörungen verordnet werden.

Diese Patienten können alternativ mit Xevudy behandelt werden.

Denn im Zusammenhang mit der Behandlung mit Xevudy konnten keine Wechselwirkungen mit anderen Medikamenten festgestellt werden. Auch die Nebenwirkungen von Xevudy tendieren gegen Null.

<https://www.pharmawiki.ch/wiki/index.php?wiki=Sotrovimab>

Um eine optimale Wirkung von Paxlovid zu erreichen, ist es erforderlich, dass Betroffene sich umgehend und spätestens innerhalb von drei Tagen beim Arzt vorstellen, wenn Symptome auftreten, welche auf eine Corona-Infektion hinweisen können.

Im Zusammenhang mit der Behandlung von Xevudy ist es auch noch ausreichend, wenn die Behandlung erst fünf Tage nach dem Auftreten von Symptomen durchgeführt wird. Wird die Behandlung erst zu einem späteren Zeitpunkt aufgenommen, dann können die Medikamente nicht mehr dieselbe hocheffiziente Wirkung entfalten wie in den ersten Tagen nach dem Auftreten von Symptomen.

Allerdings dürften fünf Tage üblicherweise ausreichen, damit Betroffene realisieren, dass sie an Krankheitssymptomen leiden und einen Arzt aufsuchen.

Deshalb, weil nunmehr hochwirksame Medikamente vorliegen, werden schwere Erkrankungen oder Krankenhauseinweisungen in Zukunft die Ausnahme darstellen.

Ein Anlass für eine Impfpflicht ist deshalb nicht einmal im Ansatz ersichtlich.

Vielmehr führt die Injektion der zweifelhaften Impfstoffe aufgrund von Nebenwirkungen zu dem realen Risiko DNA-Schäden und/oder andere Gesundheitsschäden zu erleiden und/oder zu versterben.

Aktuelle Studien aus Januar 2022 zeigen, dass das Risiko infolge von Corona-Impfstoffen Gesundheitsschäden und/oder den Tod zu erleiden 21 x so hoch ist als wie bei anderen bekannten Impfstoffen.

<https://www.transparenztest.de/post/pei-todesfaelle-nach-covid-impfung-21fach-so-viel-wie-bei-anderen-impfstoffen>

Einem Informationsblatt vom 06.01.2022 auf der Website der Kinderarztpraxis Fels-Maris kann in diesem Kontext entnommen werden, dass im Jahr 2021 eine Übersterblichkeit in Deutschland aufgetreten ist, welche eine Parallele zu Verimpfungen in Deutschland aufweist (dort Ziff. 2a nebst Grafik).

<https://7argumente.de/>

Es handelt sich um eine medienbekannte Tatsache, dass die Impfstoffe infolge von Nebenwirkungen neben anderen Gesundheitsschäden kardiovaskuläre Erkrankungen hervorrufen. Deshalb und aus anderen Gründen besteht Anlass zu der Annahme, dass die aufgetretene Übersterblichkeit durch Massenimpfungen verursacht wurde.

Die Kinderärztin zählt zum Vorstand des Vereins Ärztinnen und Ärzte für freie Impfentscheidung.

<https://individuelle-impfentscheidung.de/>

Der Münchner Kinderarzt und Vereinsgründer Dr. Steffen Raabe erläutert in einem Video unter Bezugnahme auf aktuelle Studien, dass das Risiko infolge der Impfstoffe einen Herzschaden zu erleiden für junge Männer im Alter zwischen 12 und 24 Jahren im Verhältnis 1 : 1860 liegt (Video Grad 4,25 fortlaufend).

<https://www.youtube.com/watch?v=Jp43sfkyGEI>

Bekanntlich wurden die Corona-Impfstoffe unter Missachtung der üblichen Sicherheitsvorschriften als Notzulassung (USA) bzw. in einem beschleunigten Verfahren (Europäische Union) zugelassen. Besonders problematisch ist, dass die zweifelhaften Impfstoffe im Unterschied zu anderen konservativen Impfstoffen neben anderen schwerwiegenden Nebenwirkungen zu bleibenden Schäden der DNA führen können, deren Auswirkungen gegebenenfalls erst nach Jahren sichtbar werden.

Deshalb hatte der französische Virologe und Nobelpreisträger Luc Montagnier bereits im Jahr 2021 in einer Pressemitteilung von einer Massenimpfung abgeraten.

https://www-francesoir-fr.translate.google.com/societe-sante/le-professeur-luc-montagnier-prix-nobel-amene-son-support-la-plainte-pour-larret-de-la-? x_tr_sl=fr& x_tr_tl=de& x_tr_hl=de& x_tr_pto=sc

Zwar kann den Sachdarlegungen von Herrn Montagnier entnommen werden, dass DNA-Schäden nicht generell nach jeder Injektion auftreten, potentiell aber eintreten können. Jede zusätzliche Injektion (z. B. Auffrischungen) erhöht das Risiko DNA-Schäden zu erleiden. Aufgrund der noch fehlenden Langzeiterfahrungen besteht zudem das Risiko, dass die Impfstoffe noch zu weiteren, derzeit nicht bekannten Gesundheitsschäden führen werden.

Auch im Zusammenhang mit den neu zugelassenen Medikamenten liegen noch keine Langzeiterfahrungen vor. Im Unterschied zu den zweifelhaften und potentiell tödlichen Impfstoffen müssen die Medikamente aber nur dann zur Anwendung kommen, wenn eine Corona-Infektion im Einzelfall tatsächlich zu Krankheitssymptomen führt.

Es handelt sich um eine allgemein bekannte Tatsache, dass Corona-Infektionen nur in seltenen Fällen zu Symptomen führen, meistens verläuft die Infektion, ohne dass die Infizierten diese wahrnehmen.

Deshalb, weil nunmehr wirksame Medikamente gegen Corona-Erkrankungen vorliegen, ist eine Massenimpfung entbehrlich. Denn diejenigen Personen, welche infolge einer Corona-Infektion nachfolgend tatsächlich an Krankheitssymptomen leiden, können in der hausärztlichen Praxis wirksam mit den neuen Medikamenten behandelt werden. Das Risiko, infolge von Nebenwirkungen Gesundheitsschäden zu erleiden, kann deshalb auf den kleinen Prozentsatz von Personen beschränkt werden, welche infolge einer Corona-Infektion tatsächlich an Symptomen leiden und deshalb der Behandlung bedürfen.

Darüberhinaus zeigte der Verlauf der letzten Monate, dass die Impfstoffe auch nach mehreren Auffrischungsimpfungen weder die Ansteckung noch die Übertragung von Coronaviren zuverlässig verhindern können. Deshalb kommt es immer wieder zu Corona-Erkrankungen und Krankenhauseinweisungen von mehrfach geimpften Personen. Denn eine Herdenimmunität kann durch die Impfmassnahmen nicht erreicht werden.

Zwar können die Impfstoffe nach mehrfachen Auffrischungsimpfungen anscheinend schwere Krankheitsverläufe reduzieren, aber auch diese Wirkung bzw. der Umfang einer solchen Wirkung ist nicht gesichert.

Im Unterschied hierzu zeigen die vorliegenden Erfahrungswerte mit den oben genannten neuen Medikamenten, dass diese im Krankheitsfall zuverlässig wirken und schwere Krankheitsverläufe sicher verhindern.

Nachdem nunmehr hochwirksame Medikamente gegen Coronaviren vorliegen, welche ambulant zur Anwendung kommen können, sind die geltend gemachten Gründe für eine Impfpflicht (schwere Krankheitsverläufe, Krankenhausbelastung) entfallen, auch im Hinblick auf den nächsten Herbst ist eine Impfpflicht deshalb erkennbar nicht erforderlich.

Deshalb haben mehrere renommierte Rechtswissenschaftler (Frauke Rostalski, Udo Di Fabio) sinngemäss die Auffassung vertreten, dass aufgrund der neuen Medikamente eine Impfpflicht mangels Verhältnismässigkeit entfallen kann,

<https://www.fr.de/politik/impfpflicht-corona-covid-impfung-udo-di-fabio-grundgesetz-gesundheit-91235481.html>

Nach alledem wird darum gebeten die von Ihnen betriebene Demontage der Grundrechte der Bevölkerung auf Leben und körperlicher Unversehrtheit und von anderen Grundrechten unverzüglich zu beenden und die bereits beschlossene Impfpflicht für Gesundheitsberufe und andere Berufszweige aufzuheben.

Darüberhinaus fordern wir Sie dazu auf vom Amt des Bundeskanzlers zurückzutreten. Denn Ihre Amtszeit besteht aus einer Abfolge von Straftaten zugunsten von Bill Gates und anderen Impfstoffherstellern und Günstlingen (Verfassungshochverrat, Körperverletzung, Mord usw.)

B. Aufforderung zur Amtsniederlegung

Bereits im Juni 2021 enthüllte die Bildzeitung, dass zahlreiche deutsche Krankenhäuser mithilfe von geschönten Zahlen eine exzessive Auslastung von Krankenhausbetten vortäuschen um in den Genuss von Sonderzahlungen zu gelangen und dass die deutsche Bundesregierung die rechtswidrigen Handlungen toleriert bzw. durch finanzielle Anreize direkt fördert und belohnt, siehe hierzu das unten im Text verlinkte Video, in welchem das Redaktionsteam Beweisdokumente vorlegt, welche die Straftaten belegen. Bei dem verantwortlichen Bundesgesundheitsminister im Jahr 2021 handelte es sich um Jens Spahn.

<https://www.youtube.com/watch?v=tNwjLmE3SZs>

Die Manipulation der Belegungszahlen in den deutschen Krankenhäusern durch den damaligen deutschen Bundesgesundheitsminister Jens Spahn und kriminelle Krankenhausdirektoren war dazu dienlich um die Bevölkerung unter dem Vorwand einer angeblichen Krankenhausüberlastung zugunsten von Herrn Gates und anderen Impfstoffherstellern zum Impfen zu nötigen und die von Herrn Spahn und den anderen Marionetten des WEF in der deutschen Bundesregierung betriebene fortschreitende Demontage der Grundrechte der Bevölkerung (Lockdown, Maskenpflicht, Versammlungsverbot usw.) gegenüber der gechaststenn Bevölkerung zu begründen.

Zu diesem Zeitpunkt war Angela Merkel Bundeskanzlerin, Sie waren Vizekanzler.

Aufgrund Ihrer juristischen Ausbildung wussten Sie, dass die von der Bildzeitung enthüllten Straftaten unverzüglich Massnahmen gegen die Täter erfordert hätten. Als Vizekanzler waren Sie dazu verpflichtet auf die Amtsenthebung und Strafverfolgung von Herrn Spahn und der anderen Täter hinzuwirken und die auf der vorgetäuschten Krankenhausüberlastung beruhenden Restriktionen (Maskenpflicht, Lockdown usw.) unverzüglich aufzuheben.

Stattdessen liessen Sie die Täter gewähren und setzen die Verbrechen gegen die Bevölkerung nach der Bundestagswahl 2021 und der Ernennung zum Bundeskanzler unvermindert fort.

Zu diesem Zweck täuschen Sie gegenüber der Öffentlichkeit mithilfe von wissentlich falschen Tatsachenbehauptungen und der Manipulation von Dokumenten weiterhin vor, dass Corona-Erkrankungen noch immer zu einer schwerwiegenden Krankenhausbelastung führen würden, was nachweislich nicht der Fall ist.

Beispielsweise berichteten die Medien im Zusammenhang mit der Ministerpräsidentenkonferenz vom 07.01.2022 (an welcher Sie teilgenommen haben), dass der Corona-Expertenrat in seiner Beschlussvorlage dargelegt hatte, dass die Krankenhausbelastung in den Wochen zuvor erfreulicherweise rückläufig war. Anstelle die gebotenen Konsequenzen aus dieser Sachlage zu ziehen und die Restriktionen, welche auf einer angeblichen Krankenhausüberlastung beruhten, unverzüglich zu beenden oder zumindest zu reduzieren, haben Sie und die anderen Impfpflicht-Betreiber verlangt, dass der Satz in der Beschlussvorlage des Expertenrats gestrichen werden soll,

Zitat

"Zudem wollen die sogenannten B-Länder die Risikoeinschätzung zur Omikron-Lage im Beschlusstext verschärfen. So soll folgender Passus gestrichen werden: "Erfreulich ist auch, dass die aktuellen Belegungszahlen der Krankenhäuser in weiten Teilen des Landes derzeit noch rückläufig sind." Hinzu kommen soll etwa der Hinweis, dass sich die Omikron-Variante laut Experten erst allmählich in den älteren Bevölkerungsgruppen ausbreitet. Darüber hinaus wollen die unionsgeführten Länder festhalten, dass Omikron aufgrund ihrer besonderen Eigenschaften dazu führen könne, "dass die Infektionszahlen massiv ansteigen, was den Vorteil der mildereren Verläufe gegenüber der Delta-Variante quantitativ aufzuwiegen droht."

Zitende

<https://api.t-online.de/prod/articles/91438388/content>

Auch in Hamburg wollte der Senat die Bevölkerung infolge von frisierten Zahlen zum Impfen nötigen

<https://www.bild.de/politik/inland/politik-inland/corona-neuinfektionen-tschartsers-zahlen-chaos-in-hamburg-78578804.bild.html>

Auch die von dem aktuellen Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach und den anderen Betreibern einer Impfpflicht heraufbeschworene angebliche Bedrohung durch eine Mutante der Coronaviren (Omikron) ist reine Schaumschlägerei, welche dazu dienen soll weiterhin Panik in der Bevölkerung schüren.

Medienberichten kann nämlich entnommen werden, dass die aktuelle weltweite Omikron-Welle in Afrika, wo die Pandemiewelle anscheinend ihren Anfang nahm, lediglich zu schwachen Grippe-symptomen führte, von einer Krankenhausüberlastung oder zahlreichen Todesfällen kann nicht einmal im Ansatz die Rede sein. In den meisten afrikanischen Staaten liegt die Impfquote unter zwanzig Prozent und teilweise sogar unter zehn Prozent, Restaurants und der Einzelhandel haben geöffnet. Dennoch kam es in Afrika zu keiner Krankenhausüberlastung und auch zu keinen anderen auffallenden Problemen. Vielmehr führte die Omikron-Welle zu einer weiträumigen Herdenimmunität in Afrika

https://www.spiegel.de/ausland/omikron-variante-in-kenia-die-katastrophe-blieb-aus-a-ee02db9d-e98d-4301-8067-03d4b3391e1f?utm_source=pocket-newtab-global-de-DE

Schon im April 2020 hatten führende Wissenschaftler wie zum Beispiel der Stanford-Professor John Ioannidis und Kollegen die Auffassung vertreten, dass Coronaviren nicht oder nicht wesentlich bedrohlicher sind als wie die üblichen Influenzaviren und hatten von einem Lockdown abgeraten.

<https://www.zuercher-presse.com/coronavirus-ist-es-weniger-gefaehrlich-als-bislang-angenommen/>

Der weitere Verlauf in Staaten, welche keinen Lockdown und keine Impfpflicht beschlossen hatten, zeigt, dass die Einschätzung von Herrn Ioannidis und seinen Kollegen zutreffend war.

Das zeigen unter anderem die inzwischen vorliegenden demographischen Daten der Staaten aus dem Corona-Jahr 2020, welche keinen Lockdown beschlossen haben.

Zum Beispiel war die Sterberate in Schweden, Brasilien und in Belarus/Weissrussland im Corona-Jahr 2020 (als noch keine Impfstoffe vorlagen) nicht höher als wie in den vorangegangenen Jahren. In Schweden und in Belarus war die Sterberate im Jahr 2020 sogar geringfügig niedriger als wie im Jahr 2019.

Die Sterberate bzw. Todesrate bezeichnet die Anzahl von Sterbefällen pro 1000 Einwohner.

Für Schweden wird für 2020 eine Sterberate von 9.145 angegeben, damit liegt die Sterberate unter dem Wert aus dem Jahr 2019 (9.165). Die Daten werden im unteren Bildabschnitt sichtbar, wenn der Cursor nach unten geführt wird

<https://www.macrotrends.net/countries/BLR/sweden/death-rate>

Auch in Belarus war die Sterberate im Corona-Jahr 2020 mit 12.557 niedriger als wie im Jahr 2019 (12.560)

<https://www.macrotrends.net/countries/BLR/belarus/death-rate>

In Brasilien war die Sterberate im Jahr 2020 mit 6.588 im Vergleich zum Vorjahr (6.503) minimal erhöht. Ein Vergleich mit den vorangegangenen Jahren zeigt aber, dass die geringfügige Erhöhung dem üblichen Verlauf in Brasilien entspricht.

<https://www.macrotrends.net/countries/BRA/brazil/death-rate>

Der oben genannte demographische Verlauf zeigt klar, dass Coronaviren nicht bedrohlicher sind als wie die üblichen Influenzaviren. Denn andernfalls hätten die angeblich brandgefährlichen Coronaviren in Staaten, welche keinen Lockdown beschlossen hatten, zu einer erheblichen Zunahme der jährlichen Todesfälle führen müssen. Stattdessen zeigen die demographischen Daten teilweise sogar einen Rückgang der Sterbefälle im Corona-Jahr 2020.

Eine Zunahme von Sterbefällen zeigt sich bezeichnenderweise lediglich in Staaten, welche einen Lockdown und eine Impfpflicht beschlossen hatten wie zum Beispiel in Deutschland.

Ein Lockdown und eine Impfpflicht waren demnach zu keinem Zeitpunkt erforderlich. In Schweden und in anderen Staaten, welche auf einen Lockdown und eine Impfpflicht verzichtet haben wie zum Beispiel in Florida undsoweiter, herrschen schon längst wieder nahezu normale gesellschaftliche Verhältnisse vor, siehe hierzu auch einen Bericht im Hauke Verlag,

Zitat

„Bereits im September vergangenen Jahres wurden im US-Bundesstaat Florida sämtliche Corona-Maßnahmen aufgehoben. Es gibt dort seit über sieben Monaten keine Maskenpflicht, keine Abstandsregeln und erst recht keinen Lockdown mehr.

Der Gouverneur von Florida, Ron DeSantis, hatte am Anfang der Corona-Zeit, im April 2020, eine einmonatige Ausgangssperre verfügt. Für diese Entscheidung hat er sich inzwischen bei seinen Bürgern entschuldigt.

Mit der Entscheidung, sämtliche Maßnahmen aufzuheben, erntete er im vergangenen Jahr viel Skepsis. Es wurde ihm eine unverantwortliche Politik vorgeworfen, die Zehntausende Corona-Tote nach sich ziehen würde. Es wurde allerdings sehr schnell sichtbar, dass sich die Zahlen nicht anders entwickelten, teilweise sogar besser, als in den Bundesstaaten, die weiterhin sehr restriktive Maßnahmen vollzogen. Bei den Todeszahlen liegt Florida übrigens inzwischen deutlich unter dem USA-weiten Schnitt.

Texas folgte dem Beispiel Floridas als nächster Bundesstaat Anfang dieses Jahres. Auch hier blieb die Überlastung des Gesundheitswesens aus – und es starben auch nicht mehr Menschen als sonst. Immer mehr Staaten schlossen sich an, inzwischen sind es 22 US-Bundesstaaten, die keinerlei Corona-Maßnahmen mehr haben. Und in den Krankenhäusern? Alles ganz normal! Videos aus diesen Bundesstaaten zeigen gut besuchte Restaurants, ausgelassene Partys, ausverkaufte Sportarenen, Konzerte usw. Die Wirtschaft läuft auf Hochtouren. Ein Leben, das man sich hierzulande nicht mehr vorstellen kann.

Allein diese Bilder sind für einen normalen Deutschen so unglaublich, dass sie in den gängigen Medien nicht gezeigt werden. Es ist auch kein Sonderweg mehr, denn die Staaten ohne jede Corona-Maßnahmen machen inzwischen weit mehr als die Hälfte der Fläche der Vereinigten Staaten aus. Ich hatte bereits in Ausgabe 05/21 vom 10.03.2021 darüber berichtet. In Deutschland wird man die vollständige Aufhebung der Maßnahmen in den vielen US-Bundesstaaten nicht mehr lange verheimlichen können. Wahrscheinlich wird dann die vollständige Freiheit in den US-Bundesstaaten mit einer hohen Impfquote begründet werden. Aber das ist aus zweierlei Sicht falsch, denn erstens hat Florida noch vor Beginn der Impfkampagne alle Maßnahmen aufgehoben, und die Quote der vollständig Geimpften lag Anfang März – als die meisten Staaten die Maßnahmen aufhoben – in den USA bei unter 10%. Aber es kommt noch ein zweiter Umstand hinzu: In zwölf Bundesstaaten ist der digitale Impfnachweis, der bei uns demnächst über Grundrechte und Teilnahme am gesellschaftlichen Leben entscheiden wird, verboten. Sie haben richtig gelesen: Zwölf US-Bundesstaaten haben diese Art der Diskriminierung unter Strafe gestellt. Die Impfung spielte also überhaupt keine Rolle bei der Aufhebung der Maßnahmen.“

Zitierende

<https://www.hauke-verlag.de/in-22-us-bundesstaaten-gibt-es-seit-monaten-keinerlei-corona-massnahmen-mehr-und-trotzdem-kein-ueberlastetes-gesundheitswesen/>

Aus den oben Gründen war die im Jahr 2021 beschlossene Impfpflicht für Gesundheitsberufe und die Beschäftigten der Bundeswehr verfassungswidrig und erfüllt gleichzeitig den Tatbestand der schweren und gefährlichen Körperverletzung und des Mordes. Denn es handelt sich um eine nachweisliche und allgemein bekannte Tatsache, dass die zweifelhaften Impfstoffe aufgrund von Nebenwirkungen immer wieder zu Gesundheitsschäden und zum Tod führen.

Besonders verwerflich ist, dass Sie und die anderen Betreiber einer Impfpflicht zum Zeitpunkt der Verabschiedung des neuen Gesetzes am 10.12.2021 wussten, dass die Zulassung der oben genannten Corona-Medikamente durch die EMA kurz bevorstand, welche in anderen Staaten bereits mit Erfolg angewendet wurden.

Deshalb wussten Sie und die anderen Täter, dass keine Umstände vorlagen, welche die von Ihnen betriebene Impfpflicht und die damit einhergehende Entrechtung und Körperverletzung und das implizite Töten von Beschäftigten im Gesundheitswesen und in der Bundeswehr und anderen betroffenen Berufszweigen infolge von Nebenwirkungen der Impfstoffe hätten begründen können.

Denn es existiert kein Anlass Risikogruppen durch eine Impfpflicht zu schützen. Denn der kleine Prozentsatz an Personen, welche nach einer Corona-Infektion an Krankheitssymptomen leidet, kann mithilfe der neuen Medikamente wirksam ambulant behandelt werden.

Anstelle nach der Ernennung zum Bundeskanzler unverzüglich auf ein Ende der Maskenpflicht und den anderen Restriktionen in Deutschland hinzuwirken, haben Sie die Verbrechen der Vorgängerregierung fortgesetzt und täuschen in der öffentlichen Debatte zugunsten von Bill Gates und Kollegen noch immer vor, dass eine Impfpflicht und andere Restriktionen erforderlich wären um eine Krankenhausüberlastung zu vermeiden.

Auch zahlreiche Medien berichten immer wieder unzutreffend, dass in den Krankenhäusern die Anzahl von Corona-Patienten zunehmen würde. In diesem Zusammenhang verschweigen die Medien meistens, dass die Krankenhäuser die Patienten systematisch auf Coronaviren untersuchen und zwar unabhängig davon, aufgrund von welchen

Erkrankungen die Patienten ins Krankenhaus eingewiesen werden. Die aktuelle und harmlose Omikron-Mutante verbreitet sich sehr rasch in der Bevölkerung und führt dazu, dass zahlreiche Menschen sich mit Coronaviren infizieren, ohne an Symptomen zu leiden. Wenn diese Personen dann aufgrund von Unfällen oder von Herzerkrankungen oder anderen Erkrankungen ins Krankenhaus eingewiesen werden, werden diese in Covid-Patienten umgedeutet, was in der Aussendarstellung zu dem untreffenden Bild führt, dass die Anzahl von Corona-Erkrankungen zunehmen würde.

<https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.corona-in-ludwigsburg-klinikchef-zweifelt-an-allgemeiner-impfpflicht.888482d3-5d84-4736-a81a-29b19d9fe209.html>

Auch diese irreführende und im Ergebnis falsche Berichterstattung durch die Krankenhäuser und das RKI wird von Ihnen und den anderen Betreibern einer Impfpflicht in der Bunderegierung nicht berichtet, sondern gefördert.

Das vorliegende Schreiben wird von (ehemaligen) Beschäftigten im Gesundheitswesen und anderen Personen verschickt, welche über die fortschreitende Demontage der Krankenversorgung und der Rechtsstaatlichkeit in Deutschland sehr besorgt sind und welche sich und ihre Kinder nicht zugunsten der Gewinnmaximierung von Bill Gates und anderen Impfstoffherstellern an der Gesundheit schädigen bzw. ermorden lassen wollen

Zu welchen katastrophalen Folgen die berufsbezogene Impfpflicht im Gesundheitswesen (und in anderen Berufen) bereits geführt hat, kann beispielhaft einem Bericht des Südwestdeutschen Rundfunks vom 13.01.2022 entnommen werden

Zitat

"Er ist seit 14 Jahren medizinisch-technischer Radiologieassistent und Abteilungsleiter in einem baden-württembergischen Klinikum. Er möchte anonym bleiben. "Ich habe drei Kinder. Meine Frau kann wegen den Kindern nicht mehr arbeiten. Ich bin der Versorger in der Familie. Wie es beruflich bei mir weitergeht, weiß ich immer noch nicht", sagt er. Er habe bereits nach anderen Jobs gesucht, aber für ihn sei bisher nichts in Frage gekommen. "Ich will es irgendwie immer noch nicht wahrhaben."

Bedenken wegen Lähmungen nach Erstimpfung

Er sei von Anfang an für das Impfen gewesen und sei es eigentlich immer noch. "Ich habe mich letztes Jahr im Februar mit dem BioNTech-Impfstoff impfen lassen", erzählt er. Am nächsten Tag habe er vorübergehend Lähmungen in der rechten Körperhälfte festgestellt.

"Jetzt geht es mir dank Cortison wieder besser. Kein Arzt hat mir bisher bestätigt, dass das vom Impfen kommt, aber ich habe Angst mich nochmal impfen zu lassen." Daher gelte er in seiner Klinik als ungeimpft."

Zitatende

<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/impfpflicht-und-kuendigungen-100.html>

Demselben Zeitungsbericht kann entnommen werden, dass der Geschäftsführer der Evangelischen Heimstiftung Stuttgart Bernhard Schneider dennoch eine Impfpflicht verlangt. Es ist unfassbar, dass Geschäftsführer von caritativen Einrichtungen eine Impfpflicht fordern. Anscheinend werden auch von kirchlichen Trägern bevorzugt Personen in hohe Positionen berufen, welche Patienten und Beschäftigte zugunsten der Gewinnmaximierung hemmungslos entrechten und ausbeuten und an Leib und Leben schädigen.

Die Einrichtung befindet sich in Stuttgart.

Stuttgart ist die Landeshauptstadt von Baden-Württemberg

Anscheinend lassen sich die privaten bzw. kirchlichen Träger in Baden-Württemberg von dem miesen Vorbild des grünen Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg Winfried Kretschmann beeinflussen.

Denn Kretschmann und andere Grünenpolitiker wie zum Beispiel Robert Habeck, Annalena Baerbock und Katrin Göring-Eckardt zählen zu den grössten Schreihälsen, welche eine allgemeine Impfpflicht verlangen. Die Forderung der Grünen nach einer Impfpflicht ist nicht erstaunlich, denn die Grünen werden seit Jahren von wohlhabenden Pharmazie-Erben finanziert

<https://www.n-tv.de/politik/Pharma-Erbe-spendet-halbe-Million-Euro-article22366584.html>

Als Gegenleistung haben Kretschmann und seine Minister die Bevölkerung zu Freiwild für die Pharmazie degradiert. Rechtswidrige medizinische Versuche und andere Straftaten zählen in den Krankenhäusern in Baden-Württemberg zum Normalfall, weil Kretschmann und seine Minister die Justizbehörden zu diesem Zweck mit Personen besetzen, welche die gewinnbringenden Straftaten an der Bevölkerung vertuschen und fördern. Zum Beispiel kann einem Rechtsgutachten der externen Experten der Evaluierungskommission Freiburger Sportmedizin aus dem Jahr 2016 entnommen werden, dass die Freiburger Staatsanwälte immer wieder Straftaten an Patienten der Universitätsklinik Freiburg vertuschen.

Bei den erwähnten Fallgeschichten im Rechtsgutachten handelt es sich nur um die Spitze des Eisbergs, wie auch andere Skandale in Baden-Württemberg zeigen

Bei dem vorliegenden Schreiben an Sie handelt es sich um ein offenes Schreiben, welches in den kommenden Wochen bundesweit verschickt werden wird, eine Kurzfassung in englischer und französischer Sprache für den internationalen Verteiler ist angedacht.

Denn leider sind die Verhältnisse in Deutschland so, dass die Weltgemeinschaft vor der deutschen Bundesregierung gewarnt werden muss.

Der Website des Handelsblatt-Redakteurs Norbert Häring kann entnommen werden, dass Herr Spahn, Frau Merkel, Frau Ursula von der Leyen, Frau Baerbock und zahlreiche andere deutsche und europäische Politiker zu den Nachwuchskräften der internationalen Finanzmafia zählen (WEF/World Economic Forum)

<https://norberthaering.de/die-regenten-der-welt/baerbock-weltwirtschaftsforums/>

Diese Personen vertreten niemals die Interessen der Bevölkerung, sondern bedienen ausschliesslich die Interessen der internationalen Finanzmafia bzw. des WEF.

Zum Zentrum des WEF zählen neben Bill Gates die Rothschilds und der kriminelle jüdische Hedgefonds-Manager George Soros, welcher im Jahr 2006 von einem französischen Gericht wegen Insiderhandel verurteilt wurde und neben anderen staatszersetzenden Aktivitäten infolge von Börsenwetten immer wieder Nationen in den Ruin treibt.

Deshalb sind die Briten mit Ablauf des 31.01.2020 aus der Europäischen Union ausgetreten. Denn in Grossbritannien konnten Soros und Rothschild und Kollegen die Medien nicht in demselben Umfang zensieren wie in Deutschland und in den meisten anderen europäischen Staaten. Deshalb ist vielen Briten der destruktive Einfluss von Herrn Soros auf zahlreiche europäische Politiker und auf die Europäische Union bekannt,

<https://www.telegraph.co.uk/politics/2018/02/07/george-soros-man-broke-bank-england-backing-secret-plot-thwart/>

wo Herr Soros ein- und ausgeht

<https://www.youtube.com/watch?v=FIQe9N5cH38>

Auch mehrere führende österreichische Politiker stehen unter dem Einfluss von Herrn Soros

<https://unser-mittleuropa.com/soros-j-r-traf-kurz-und-kanzler-schallenberg-in-wien-gleich-danach-erfolgt-lo>

Bezeichnenderweise hat der österreichische Nationalrat im Januar 2022 eine allgemeine Impfpflicht beschlossen, obwohl auch in Österreich keine sachlichen Gründe vorliegen, welche eine Impfpflicht begründen könnten.

Vielmehr werden die Impfmassnahmen aufgrund von Nebenwirkungen der zweifelhaften Impfstoffe zu zahlreichen Gesundheitsschäden und Todesfällen führen. Deshalb wäre eine Impfpflicht allenfalls dann vertretbar, wenn diese dazu führen würde, dass ein noch grösserer Schaden von der Bevölkerung abgewendet werden kann. Aber ein solcher grösserer Schaden, welcher das vorsätzliche Schädigen und Töten der Bürger infolge einer Impfpflicht mit den potentiell gesundheitsschädigenden und tödlichen Impfstoffen rechtfertigen könnte, ist nicht einmal im Ansatz ersichtlich.

Darüberhinaus könnten die oben genannten neuen Corona-Medikamente, welche prophylaktische Massnahmen (Impfen, Maskenpflicht, Kontaktbeschränkungen) entbehrlich machen, ohne Weiteres auch in Österreich zur Anwendung kommen.

Dennoch hat der Nationalrat unter dem Bundeskanzler Klaus Nehammer mehrheitlich eine allgemeine Impfpflicht beschlossen.

Die Tatsache, dass inzwischen wirksame Medikamente gegen Corona-Erkrankungen vorhanden sind, wurde von den zahlreichen Betreibern einer Impfpflicht im Nationalrat und im Bundesrat anscheinend vollkommen ausgeblendet, auch die zensierten Medien hatten diesen entscheidungserheblichen Sachverhalt nicht erwähnt, obwohl Österreich zur Europäischen Union zählt, weshalb die Regierung wissen musste oder hätte wissen müssen, dass die EMA im Dezember 2021 die oben genannten Medikamente gegen Coronaviren in der Europäischen Union zugelassen hatte.

Daran zeigt sich, dass Österreich von Massenmördern regiert wird, welche die Interessen des WEF bedienen. Denn die Impfpflicht wird dazu führen, dass zahlreiche gesunde und unschuldige Menschen zugunsten der Gewinnmaximierung von Impfstoffherstellern und Börsenspekulanten aufgrund von Nebenwirkungen der zweifelhaften Impfstoffe Gesundheitsschäden erleiden und/oder versterben werden.

[Aktualisierung 09.03.2022/ Österreich hat die Impfpflicht aktuell wieder ausgesetzt, weil ein Expertenrat diese - anscheinend unter Bezugnahme auf den milden Verlauf der Omikron-Welle - als unverhältnismässig bezeichnet hat. Die Tatsache, dass eine Impfpflicht aufgrund der Verfügbarkeit der oben genannten neuen Medikamente per se nicht mehr erforderlich ist, wird in Österreich anscheinend bis heute nicht thematisiert.]

Öffentlich zugängliche Quellen im Internet zeigen, dass auch Sie und zahlreiche andere Mitglieder der SPD und der Grünen schon seit vielen Jahren unter dem Einfluss von Herrn Soros stehen.

Alle deutschen Bundesjustizminister der letzten Jahre, welche mit Ausnahme von Frau Leutheusser-Schnarrenberger zur SPD zählten, bedienten die Interessen der internationalen Finanzmafia, namentlich: Herta Däubler-Gmelin, Brigitte Zypries, Heiko Maas, Katarina Barley, Christine Lambrecht.

Eine Ausnahme bildet anscheinend der neue deutsche Bundesjustizminister Marco Buschmann (FDP). Denn in einer Bundestags-Debatte über die von Ihnen verlangte Impfpflicht hatte Herr Buschmann erwähnt, dass eine Impfpflicht aufgrund der neuen Medikamente entfallen kann.

Bezeichnenderweise liess sich Frau Barley im November 2018 demonstrativ zusammen mit Herrn Soros in Berlin fotografieren als Frau Barley Bundesjustizministerin in Deutschland war. Nachfolgend wechselte Frau Barley als Sprachrohr von Herrn Soros nach Brüssel, wo Frau Barley die Briten am Austritt aus der Europäischen Union hindern sollte. Die Mission scheiterte, denn die Briten haben die Europäische Union nachfolgend verlassen.

Leider haben die oben genannten Bundesjustizminister die deutschen Bundesgerichte in den letzten Jahren mit Erfolg mit linientreuen und kriminellen Personen besetzt, welche hemmungslos das Recht beugen um Straftaten von Politikern und anderen Günstlingen zu vertuschen und zu fördern.

In dieser Folge ist Deutschland zu einem Zombie-Staat geworden, welcher von Soros und Rothschild und Kollegen regiert und von einem Netzwerk von kriminellen Personen verwaltet wird.

Anscheinend nämlich haben Herr Soros und Kollegen auch andere einflussreiche Positionen erfolgreich mit ihren Marionetten besetzt. Zum Beispiel zählte der damalige grüne Vorsitzende der Dienstleistungsgewerkschaft Ver.di Frank Bsirske im Jahr 2017 neben Herrn Spahn zu den geladenen Gästen der Bilderberger. Zum Zentrum der Bilderberger zählen dieselben Personen, welche zum Zentrum des WEF zählen (Soros, Rothschild undsoweiter).

Über den Einfluss von Herrn Soros auf deutsche und europäische Politiker ist ein Bericht in Vorbereitung, in welchem unter anderem Ihre oben genannten rechtswidrigen Handlungen und Ihre Beziehungen zu Herrn Soros und seinen Mittelsmännern Erwähnung finden werden.

Selbstverständlich wird der Bericht sich ausschliesslich auf nachweisliche Tatsachen beziehen und keine Schmähkritik enthalten.

Der guten Ordnung halber können Sie zuvor Stellung nehmen bis zum 28.02.2022

Inbesondere wird um Stellungnahme gebeten

1.
Welche Massnahmen Sie ergriffen haben oder ergreifen wollen um die gebotene Strafverfolgung der von der Bildzeitung enthüllten Straftaten von Herrn Spahn und den anderen Schreibtschätzern zu veranlassen
2.
Warum Sie am 10.12.2021 auf eine Impfpflicht für Beschäftigte im Gesundheitswesen hingewirkt haben, obwohl Sie wussten, dass mehrere hochwirksame Medikamente kurz vor der Zulassung standen, welche Impfmassnahmen entbehrlich machen
3.
Warum Sie im Verlauf der Ministerpräsidentenkonferenz am 07.01.2022 die Beschlussvorlage des Corona-Expertenrates manipuliert haben, was dazu dienlich war gegenüber der Bevölkerung eine Krankenhausüberlastung vorzutäuschen (um die Bevölkerung zum Impfen zu nötigen)
4.
Warum Sie eine allgemeine Impfpflicht verlangen,
 - 4.1
obwohl die Sterberate in Staaten, welche keinen Lockdown und keine Impfpflicht beschlossen haben, zeigt, dass Coronaviren nicht bedrohlicher sind als wie die üblichen Influenzaviren
 - 4.2
obwohl die zweifelhaften Impfstoffe keinen zuverlässigen Schutz vor Infektionen und Übertragungen bieten
 - 4.3
obwohl die Impfstoffe aufgrund von Nebenwirkungen zu Gesundheitsschäden und Todesfällen und infolge von möglichen Langzeitfolgen zudem zu weiteren unkalkulierbaren Gesundheitsrisiken der Geimpften führen
 - 4.4
obwohl in Deutschland inzwischen hochwirksame Medikamente gegen Corona-Erkrankungen zur Verfügung stehen, welche prophylaktische Massnahmen (Impfen, Maskenpflicht, Kontaktbeschränkungen) entbehrlich machen

Aufgrund des öffentlichen Interesses am Thema Impfpflicht wird das vorliegende Anschreiben an Sie zudem an die Ärztekammern, die Kassenärztliche Vereinigung, die Universitäten und die Bundestagsabgeordneten verschickt werden.

Mit freundlichen Grüssen

Anne Meier, uni.times@web.de

Nachschrift

Bei der Unterschrift handelt es sich um ein Pseudonym, weil Herr Kretschmann und seine Minister unerwünschte Dienstaufsichtsbeschwerden unter Verletzung ihrer Dienstpflichten ohne Antwort lassen und Beschwerdeführer von linientreuen Staatsanwälten und Richtern ohne Sachprüfung wegen angeblicher Beleidigung kriminalisieren und zu Haftstrafen verurteilen lassen